



Inhalt

- 2 | Entsorgungsprämie für Altautos - ein großer Wurf?
- 3 | Der Dreck muss weg
- 3 | Wer soll das bezahlen?
- 4 | Datenschutzgesetz = Verbrecherschutzgesetz

Entsorgungsprämie für Altautos – ein großer Wurf?

Die Regierung hat unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftskrise – und weil andere EU-Staaten dies auch so ähnlich gemacht haben – eine Entsorgungsprämie für 13 Jahre alte Autos kreiert. Damit sollen der Handel, die Autoindustrie und deren Zulieferer unterstützt werden. Zusätzlich werden alte Fahrzeuge, die mehr Abgase ausstoßen, durch sparsamere und umweltfreundlichere ersetzt.



KommR Dipl.-Ing. Wolfgang Hayböck.

Entsorgungsprämie – treffsicher?

Ankurbelung der Autoindustrie sowie der Zulieferer, eine zusätzliche Verminderung des angepeilten CO₂-Ausstoßes und eine weitere Schonung der Umwelt. Das klingt alles sehr schön, und die Regierung kann propagandistisch wunderbar auswerten, dass sie eben wieder Wichtiges beschlossen hat! Doch wie schaut das alles in Wirklichkeit aus? Das Auto muss mindestens 13 Jahre alt und fahrtüchtig sein und ein Pickerl haben, um dafür prämiert ein neues Fahrzeug anschaffen zu können. Außerdem gilt diese Regelung nur für Private, die ihre Autos verschrotten lassen. Wer hat so ein Vehikel, das all diese Bedingungen erfüllt?

Die ältere Dame, die ihr 9000-Kilometer-Auto in der Garage stehen hat, verfügt wahrscheinlich samt Prämie über das Geld, sich ein neues zu leisten. (Obwohl dieses ja noch in Ordnung ist.) Und wenn sie sich unwahrscheinlicherweise doch eines kauft, wird da die Umwelt enorm geschont?

Wer noch? Der kleine Pendler, der kaum mit Öffis eine gute Verbindung hat und sich kein neues leisten kann, weil es trotz Prämie zu teuer ist. Er wird sich in seiner Situation einen Gebrauchtwagen kaufen müssen. Wieder nichts. Dabei wäre ein Umwelteffekt wegen der Kilometerleistung seines Fahrzeugs sicher gegeben.

Es gäbe eine große Gruppe, bei der wirklich der gewünschte Effekt zu erreichen wäre. Die KMU fahren ihre Fahrzeuge viel und lange. Hier gäbe es einen Dreifacheffekt. Die Auto- und Autozulieferindustrie würde unterstützt. Zweitens: Die Umwelt würde durch die Vielfahrer mit neuen Autos entlastet. Drittens bekämen damit die KMU eine bitter notwendige Entlastung. Doch diese Berufsgruppe ist von dieser Regelung ausgenommen!

Dieses System ist eine unnötige und effektlose Augenauswischerei! Warum macht man es dann? Damit man – so wie in anderen EU-Staaten auch – auf diesem Gebiet etwas getan hat. In der EU gibt es jedoch auch bessere Regelungen, zum Beispiel erhält man in Frankreich bereits bei einem 8-jährigen Auto eine Prämie.

Unsere Regierung heuchelt Aktivität und macht in Wirklichkeit alles, um ja kein Geld auszugeben. Dabei wäre das die Chance, unsere KMU zu unterstützen. Will diese Regierung überhaupt uns und damit unsere ganze Wirtschaft unterstützen?

Innungsmeister-Stellvertreter
KommR Dipl.-Ing. Wolfgang Hayböck

Der Dreck muss weg!

Eine Geschichte aus Wien mit den für Wien typischen politischen Vorzeichen.

Es waren einmal ein Handwerker und ein Konsument. Die produzierten gemeinsam Schutt bei Renovierungsarbeiten und versuchten, so wie in den letzten 15 Jahren, ihn bei der MA 48 zu entsorgen. Nur: Der Handwerker bekam plötzlich einen Korb. Für den Gewerbetreibenden ist die Entsorgung auf einmal nur noch auf dem Rautenweg möglich! Nun versucht es der Konsument mit seinem Schutt (demselben) - er darf ihn kostenlos entsorgen! Beide zahlen dieselben Schuttentsorgungsabgaben. In beiden Fällen war es derselbe Schutt. Aber wie steht's an jeder Wien-Einfahrt? „Wien ist anders.“ Alle Anfragen sowohl über die Sparte als auch direkte Versuche der E-Innung im Rathaus und bei Gemeinderäten waren vergeblich. Alle Antworten lauteten, es bleibe dabei.

Nun, es geschah ein Wunder! Und das hieß Streik beziehungsweise Demo. Denn nur die Ankündigung „Schutt vors Rathaus“ und alle Elektriker um 16 Uhr mit dem Auto auf den Rautenweg sowie die Einholung einer Rechtsauskunft über die zu erwartenden rechtlichen Folgen für die Beteiligten führten blitzartig zu einem Teilerfolg.

Ein Termin war sofort vorhanden, eine bis auf Weiteres befristete Übergangslösung für die Entsorgung von 10 Säcken auf allen größeren Mistplätzen war wieder möglich. Ein weiterer Termin bei der MA 48 hat darauf stattgefunden. Nun, es gab allerdings schon eine Bemerkung von Stadtratseite: „Ihr seid diejenigen, die den Mist vors Rathaus schütten wollten.“ Wir glaubten, der richtige Weg ist gefunden und eine dauerhafte Lösung, die alle Wiener gleichstellt, sei in Sicht. (Privat, Handwerk, Pfusch?) Doch es tauchen schon neue Gewitterwolken auf. Denn unsere Mistpolizei, das sind jene im Smart mit Mistkübel, hat eine neue Einnahmequelle gefunden. Weil jeder, der Mist auf öffentlichen Flächen zum Verladen abstellt, ist straffällig. Was denken sich unsere Politiker der Stadtverwaltung oder deren Handlanger, die Beamten, dabei? Eins ist klar: Wie man rasch zu Geld kommt, scheinen sie zu wissen. Hier sind sie mehr als erfinderisch. Überhaupt seit man die Privatisierung in Angriff nimmt. Nun, ich frage mich, wie man Schutt entsorgen soll? Ohne Parkplatz und ohne ihn zwischenlagern zu können, und wenn es nur 10 Minuten sind. Wo gibt es Flügel, wo gibt



Innungsmeister Ing. Josef Witke,
Wirtschaftsbund.

es Tarnkappen, und was kosten diese? Sind sie in den Einheitspreisen beziehungsweise Fixpreisen enthalten?

Nun, Spaß beiseite, wir werden nicht aufgeben und weiterkämpfen und einen Weg zur Zwischenlagerung finden. Wir sind schon unterwegs.

Ein frustrierter und abgezockter, aber nicht aufgibender
Josef Witke

Wer soll das bezahlen?

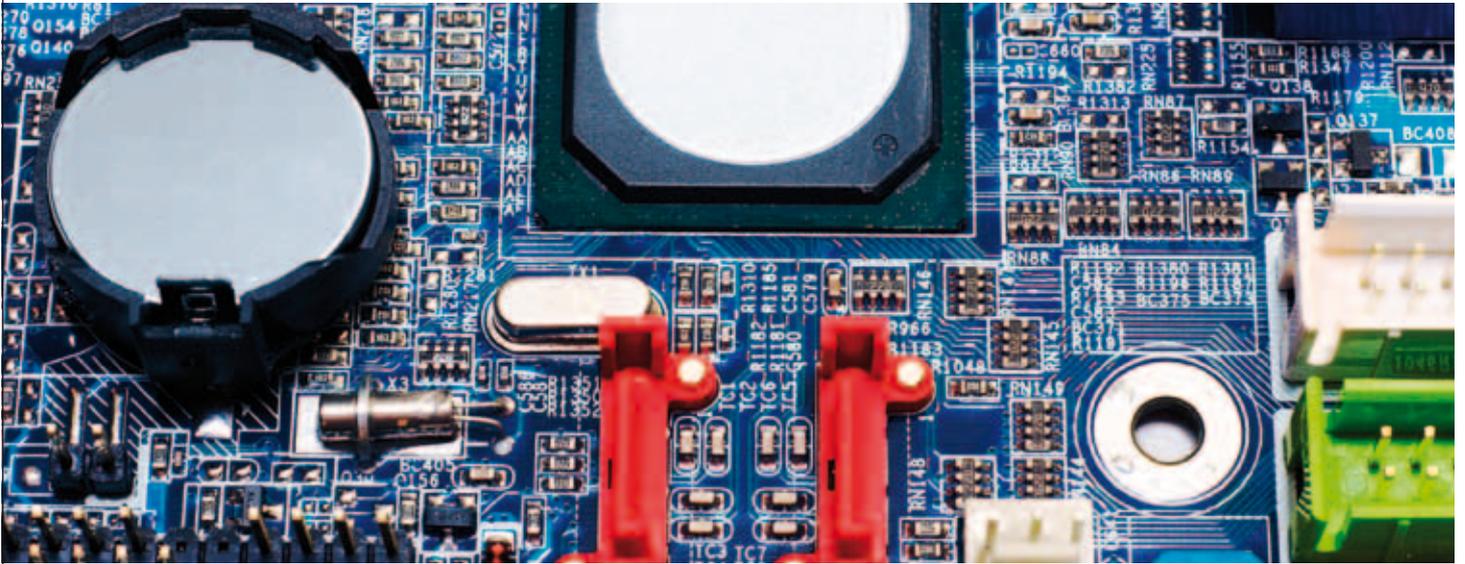
Diese Frage wurde bei einer Präsentation der Änderungen in der TAEV 2008 gestellt. Damit waren viele vor den Kopf gestoßen worden. Heißt was? Wie kann es sein, dass ein Elektrotechniker diese Frage stellt? Wenn mein Auto kaputt ist und in die Werkstatt kommt, fragt da der Besitzer der Werkstatt auch: „Wer soll das bezahlen?“? Ich denke, die Antwort ist eindeutig - natürlich der Kunde. Und nun sind wir beim Kernproblem: Dem Kunden muss es verkauft werden. Kann man dem Kunden das wirklich verkaufen? Also die Wirtschaft funktioniert so: Einer hat was, der andere braucht das, und nachdem Tauschgeschäfte heute nicht mehr funktionieren, bezahlt man für Leistungen. Ja, ja, bezahlen, oder gibt es einen Samariter, der Leistungen herschenkt? Der Hintergrund dieser Frage ist in der Einstellung zu suchen. Verkauft wird leider sehr oft über den

Preis. Eine alte Weisheit sagt: Wenn ein Elektriker 10 Prozent günstiger einkauft, gibt er 20 Prozent an den Kunden weiter. Kann denn niemand mehr seine Leistungen verkaufen? Unterscheidet man sich nicht mehr von anderen? Ist das, was man tut, plötzlich nichts mehr wert? Bei Großprojekten sehe ich immer wieder, wie da um den Preis gefeilscht wird. Niemand spricht Qualität an, niemand positioniert sich oder bezieht Stellung. Ich habe erst einmal erlebt, dass ein Elektrounternehmer während der Preisverhandlungen für einen 3-Millionen-Euro-Auftrag auf die Frage des Bauherrn „Was können Sie mit dem Preis machen?“, gesagt hat: „Ja, ich kann Ihnen schlechte Qualität einbauen, die ist günstiger, aber Sie werden mich dafür hassen, und deshalb kann ich Ihnen sagen: Wenn Sie die angebotene Qualität günstiger bekommen wollen, müssen Sie

sich einen anderen suchen!“ Das nenne ich Rückgrat. Leider höre ich jetzt schon die Unkenrufe: Ich muss ja meinen Leuten Arbeit verschaffen. Aber was für eine? Auf eine Baustelle Geld hinzutragen ist sicher nicht die Lösung.

Lassen Sie es mich einmal mit den Worten von Werner Gessner ausdrücken: „Das Wesentliche des Geschäfts steht nicht auf dem Papier, es ist nicht die Angebotssumme, es ist nicht der Preis, sondern die Beziehung. Der gemeinsame Austausch von Ideen, das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen. Das Wesentliche lässt sich nicht in Zahlen und Verträgen ausdrücken. Die Zeit, die wir gemeinsam verbracht haben, die Lösungen, die wir gemeinsam erarbeitet haben, macht unsere Beziehung so wichtig.“

Gerhard Lagler



Datenschutzgesetz = Verbrecherschutzgesetz

Absurd - reißerisch - plakativ. Möglich, aber leider wahr.



Karl-Heinz Bradavka.

Ich möchte nicht über ein Datenschutzgesetz grundsätzlich und schon gar nicht über den Schutz der Intimsphäre des Einzelnen referieren, nein, sondern über die Durchführbarkeit und Treffsicherheit -

so Sinnhaftigkeit - der „derzeitigen“ Gesetzgebung. Die Natur hat immer schon Informationen, also Daten, gespeichert, egal, ob es Informationen in der Teilchenphysik, in der DNS oder in den Nervenzellen sind. Heute können wir das auch manuell steuern oder automatisch mit Sensoren elektronisch speichern. Es muss und soll erlaubt sein, einmal philosophisch darüber nachzagrübeln, was der Gesetzgeber - egal, ob Wien oder Brüssel - erreichen wollte: Das Speichern von Daten in digitaler Form ist genehmigungspflichtig. Es sind heute (und werden auch) alle analogen Daten, wie zum Beispiel VHS-Videobänder, digitalisiert, und das ist weder zu überprüfen noch zu genehmigen.

Auch ist das ununterbrochen stattfindende Abspeichern von digitalen Daten, geliefert von irgendwelchen Sensoren, nicht mehr kontrollierbar. Hat schon jemand jene Torvideoanlagen genehmigt, die automatisch jedes Mal ein Bild abspeichern, wenn jemand anläutet? Ich denke nicht. Genauso ist es unmöglich Handy-Cams zu genehmigen, nur weil sich eine Trafik das

mit einer gebastelten Fernauslösung als Überwachung an die Wand hängt.

Daten sollten (weil sie es ja auch werden) weiterhin gespeichert werden dürfen. Erst die Weitergabe soll genehmigungspflichtig werden. Schon deshalb, weil, wenn alle digitalen Videoaufzeichnungen zu genehmigen wären, die Datenschutzkommission personell die größte Behörde Österreichs sein müsste. Wir haben daher in der Stellungnahme zum Entwurf des neuen Datenschutzgesetzes gefordert, dass alle Videoüberwachungsanlagen mit digitaler Aufzeichnung über das Internet gemeldet werden müssen.

Eine Genehmigung soll erst der brauchen, der die Daten herunterlädt, um diese auszuwerten. In der Regel werden das die Exekutive oder Sicherheitsunternehmen sein. Das scheint der einzige Weg zu sein, um nicht durch eine aufgeblähte Bürokratie den Datenschutz zum Verbrecherschutz werden zu lassen.

Karl-Heinz Bradavka

FEEDBACK! Ihre Meinung ist uns wichtig!

Was gefällt Ihnen? Was gefällt Ihnen nicht? Was würden Sie sich wünschen? Geben Sie uns bitte Feedback.
Telefon (+43-1) 512 76 31 • E-Mail: enerv@wirtschaftsbund-wien.at • **Wir freuen uns!**

IMPRESSUM Branchenimpuls | Medieninhaber: Österreichischer Wirtschaftsbund LG Wien, Lothringerstraße 16/5, 1030 Wien, Tel. 512 76 31, Fax 512 76 31-34 | Redaktion: Markus Langthaler, Ing. Josef Witke, Christian Bräuer, Ing. Martin Karal, Karl-Heinz Bradavka | Layout & Grafik: Atelier Olschinsky | Lektorat: Christian E. Fock | Fotos: Wirtschaftsbund Archiv | Druck: Druckerei Berger, Horn | Druckauflage: 1500 | DVR: 0484288 | Österreichische Post AG, Info.Mail, Entgelt bezahlt | Erscheinungsort: Wien | Verlagspostamt: 1010 Wien | Sponsoring: Post GZ 07Z037545S Branchenimpuls | Offenlegung gemäß § 25 Medien-gesetz: Medieninhaber: Österreichischer Wirtschaftsbund LG Wien, Lothringerstraße 16/5, 1030 Wien, Tel. 512 76 31, Fax 512 76 31-34, zu 100 Prozent.